

16.01.2014

Vorlage für die Sitzung des Sozialausschusses
am Donnerstag, 16.01.2014

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

Förderung der Politischen Jugendbildung in Schleswig-Holstein zu Drucksache 18/1281 - Antrag der Fraktion der CDU vom 05.11.2013

Der Landtag wolle beschließen:

Auf der Grundlage des beschlossenen interfraktionellen Änderungsantrages zum Aktionsplan „Politische Jugendbildung“ (Umdruck 18/1202) im Bildungsausschuss vom 23.05.2013 sowie nach der Beratung des von der Landesregierung erstellten Berichtes (Drucksache 18/1214) vom 05.11.2013 und auf Grundlage der erhobenen Daten wird die Landesregierung gebeten,

1. gemeinsam mit dem Landtag einen „Aktionsplan“ für die Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung in Schleswig-Holstein zu erarbeiten.
2. Maßnahmen für die Weiterentwicklung der politischen Jugendbildung in Schleswig-Holstein im Sinne einer konzertierten Demokratie- und Partizipations-offensive zu erarbeiten und gut angenommene Projekte wie beispielsweise "jung und wählerisch" und die "Juniorwahl" weiter auszubauen, und den Landesjugendring sowie die Landeszentrale für politische Bildung bei der Erarbeitung und Umsetzung zu beteiligen.
3. darauf hinzuwirken, dass Schülerinnen und Schüler aller Schulformen auf Wahlen zu den kommunalen Gremien, zum Landtag, zum Bundestag und zum Europäischen Parlament methodisch und didaktisch vorbereitet werden, und zu prüfen, in welchen Klassenstufen, welche Inhalte zur Demokratieförderung und politischen Teilhabe verbindlich in der Curricula festgeschrieben werden können.
4. zu prüfen, inwiefern die Arbeit des Verbandes politischer Jugend Schleswig-Holstein e. V. (VPJ) und seiner ihm angeschlossenen Mitgliedsorganisationen

angemessen und zeitgemäß stärker gefördert werden kann und die dafür entsprechenden Mittel in den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015 einzustellen.

gez. Franzen

gez. Neve

Heike Franzen und Hans Hinrich Neve
für die Fraktion der CDU